

Report

The Governance of Artificial Intelligence in Public Service Media A Comparative Analysis

Authors of the report:

Prof. Dr. Colin Porlezza

Laura Pranteddu, MSc

Petra Mazzoni, MA

Università della Svizzera italiana
Institute of Media and Journalism (IMeG)



Report for:

Federal Office of Communications OFCOM

Lugano, December 2022

AUTHORS

This study has been written by Colin Porlezza, PhD, Laura Pranteddu, MSc and Petra Mazzoni, MA of the Institute of Media and Journalism IMeG at the Università della Svizzera italiana.

AUTHORS

This study has been written by Colin Porlezza, PhD, Laura Pranteddu, MSc and Petra Mazzoni, MA of the Institute of Media and Journalism IMeG at the Università della Svizzera italiana.

LINGUISTIC VERSION

Original: English

Manuscript completed in December 2022

DISCLAIMER AND COPYRIGHT

This document is prepared primarily for the Federal Office of Communication. The content of the document is the sole responsibility of its authors. Reproduction and translation for non-commercial purposes are authorized, provided the source is acknowledged.

ACKNOWLEDGEMENTS

The authors are very grateful to the Federal Office of Communications for the grant received to study the governance of AI in public service media (PSM). In addition, the authors would like to thank the AI-leaders in the PSM who generously donated their time for this research.

Executive Summary

Die Studie macht deutlich, dass der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) in den Nachrichtenmedien und im Journalismus allgegenwärtig ist. Dies gilt in besonderem Masse für die öffentlich-rechtlichen Medien. KI-gestützte Tools werden als Hilfsmittel im Nachrichtenjournalismus dermassen geschätzt, dass sie praktisch alle Phasen des Nachrichtenzyklus prägen. Aber wie jede technologische Neuerung unterstützen diese Werkzeuge nicht nur die Medienschaffenden in ihrer Tätigkeit, sondern sie verändern auch das Wesen, die Rolle und die Arbeitsweisen des Journalismus und der Medienschaffenden selbst. Die Frage, wie der Einsatz von KI-gestützten Technologien geregelt wird, ist folglich von zentraler Bedeutung.

Auf europäischer Ebene werden verschiedene Gesetze und Initiativen wie etwa das Gesetz über digitale Dienste und Märkte oder die KI-Verordnung gegenwärtig beraten oder wurden bereits in Kraft gesetzt. Auf nationaler Ebene sind zwischen den Strategien der betrachteten Länder Ähnlichkeiten erkennbar, namentlich in Bezug auf die Kombination von Gesetzesänderungen mit der Erarbeitung neuer ethischer Leitlinien. Alle im Rahmen der Studie untersuchten Länder haben eine nationale KI-Strategie beschlossen, in welcher die Regelung des Umgangs mit KI eine mehr oder weniger zentrale Rolle spielt. Die drei EU-Mitgliedsländer Deutschland, Finnland und Frankreich sind klar der Ansicht, dass eine EU-weite Regelung nötig ist. Somit dürften die innerstaatlichen Überlegungen über die Regelung des Einsatzes von KI zu einem grossen Teil auch in den supranationalen Gesetzgebungsprozess einfließen. Alle EU-Mitgliedstaaten sind sich indessen einig, dass die Regelung der Anwendung von KI sowohl Anpassungen am bestehenden Rechtsrahmen (z. B. im Hinblick auf Grundrechte, Datenschutz, Transparenz, Steuerung der Systeme usw.) als auch spezifische ethische Grundsätze und Leitlinien für die Konzipierung, Nutzung und Implementierung KI-gestützter Systeme erfordert. Allerdings stehen Nachrichtenmedien und Journalismus nur selten im Mittelpunkt der Diskussionen, sei es auf nationaler oder auf supranationaler Ebene. Wenn Medien in Grundsatzdokumenten Erwähnung finden, so beschränkt sich dies meistens auf die Nennung von Intermediären wie Social-Media-Plattformen. Die auf nationaler Ebene vorgeschlagenen Lösungen legen den Schwerpunkt häufig auf die Stärkung der Selbstregulierung. Der Grund dafür lautet, dass die Einsatzmöglichkeiten von KI sowie die damit verbundenen Herausforderungen und Risiken je nach Branche sehr unterschiedlich sind.

Im Gegensatz zu allen anderen betrachteten Ländern wurden in der Schweiz die möglichen Folgen der Nutzung KI-gestützter Technologien in den Nachrichtenmedien analysiert. Generell werden die Herausforderungen des Einsatzes von KI in der Nachrichtenbranche und im Journalismus derzeit nicht als prioritär eingestuft. Es herrscht die Auffassung vor, dass der geltende allgemeine Rechtsrahmen in der Schweiz ausreicht, um neue Fragestellungen im Zusammenhang mit KI abzudecken. Gleichwohl schlagen gewisse Instanzen wie etwa die Eidgenössische Medienkommission vor, die Selbstregulierung im Zusammenhang mit der Anwendung von KI zu konsolidieren. Parallel dazu solle die Schweiz die Entwicklung auf internationaler Ebene und die wissenschaftliche Debatte über die Implikationen des Einsatzes von KI in Nachrichten und Journalismus weiterhin verfolgen.

Alle in der Studie untersuchten öffentlich-rechtlichen Medien haben im Rahmen der Selbstregulierung Massnahmen zum Umgang mit AI getroffen. Die meisten dieser Leitlinien bieten praxisbezogene Hinweise darüber, wie die in Chartas und Konzessionen verankerten Grundwerte in der Entwicklung und Anwendung KI-gestützter Technologien konkretisiert werden können. Diese Leitlinien sollen einerseits den Einsatz und die Konzipierung KI-

gestützter Tools erleichtern und andererseits die kritische Auseinandersetzung mit KI fördern. Nicht zuletzt aber sollen sie das Vertrauen in diese Technologien stärken, denn nach verbreiteter Auffassung sind diese in der Lage, die Art und Weise, wie Nachrichten produziert werden und wie Medienschaffende mit dem Publikum interagieren, zu verändern.